

**Zeitschrift:** Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur  
**Herausgeber:** Gesellschaft Schweizer Monatshefte  
**Band:** 59 (1979)  
**Heft:** 6

**Artikel:** Das palästinensische Dilemma  
**Autor:** Gysling, Erich  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-163537>

#### Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

#### Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

#### Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 23.02.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

Rechts, das angewandt wird – von «Gott gesetzt» statt von «Menschen gesetzt» – liegt neben der für unsere Begriffe extremen Härte die Problematik der gegenwärtigen iranischen und pakistanischen Strafjustiz.

<sup>1</sup> Im Nachwort zu ihrem Gedichtband «asir», 6. Aufl., Teheran 1961, Übersetzung des Zitats von Ch. Bürgel, in: Islam und Abendland, Bern 1976. Vgl. auch H. Kamshad, Modern Persian Prose Literature, Cambridge 1966. – <sup>2</sup> Peter Noll, Jesus und das Gesetz, Tübingen 1968. – <sup>3</sup> Zitiert nach der Koranüberset-

zung von Rudi Paret, Stuttgart usw. 1962.

– <sup>4</sup> Ich nehme hier Bezug auf Kelsens «Reine Rechtslehre» und das Werk von Albert A. Ehrenzweig, Psychoanalytische Rechtswissenschaft, Berlin 1973. – <sup>5</sup> Walter Künneth, Politik zwischen Dämon und Geist, Berlin 1954, S. 265.

ERICH GYSLING

## Das palästinensische Dilemma

Was ist Zerrbild, was Realität? Die palästinensischen Organisationen werfen ihre Mord- und Selbstmordkommandos seit der Unterzeichnung des israelisch-ägyptischen Friedensvertrags in wachsender Zahl ins Land des Feindes, um soviel Gegenreaktion zu provozieren, bis der Begriff Friede mit Blutvergiessen identisch wird. Die palästinensischen Ausbildungslager um Beirut präsentieren sich westlichen Besuchern als aufbruchbereite Heerlager – aber die direkt von der israelischen Herrschaft betroffenen Palästinenser, 1,1 Millionen in Westjordanien und im Gaza-Streifen, verhalten sich so passiv wie eh und je. Die bereits sattsam bekannten Schüler-Demonstrationen in Nablus, Ramallah und Hebron mögen zwar ab und zu in Steinwurf-Orgien ausarten, doch diese Form des Protestes beeindruckt auch nur noch die öffentliche Meinung in der Ferne: am Willen der Israeli, sich mit Soldaten und Siedlern westlich des Jordans, in «Judäa und Samaria» festzusetzen, ändert sie nichts. Der Plan einer eingeschränkten Autonomie wird realisiert, ob die betroffene palästinensische Bevölkerung mitspielt oder nicht. Es brauchte schon eine gewaltige Intensivierung der

Guerilla-Aktionen, um die Regierung in Jerusalem zur Kursänderung zu bewegen.

In der nahöstlichen Region ist das alte Kräftegleichgewicht durch vier Entwicklungen verschoben worden: durch die israelisch-ägyptische Annäherung, durch die Revolution in Iran, durch die Profilierung Iraks als mögliche Führungsmacht und die damit verbundene Aussöhnung zwischen Bagdad und Damaskus sowie durch die von mehreren Regimes und von oppositionellen Gruppen (z. B. in Ägypten) propagierte Aufwertung des Islams. Alle diese Entwicklungen könnten sich unter gewissen Voraussetzungen auf die Auseinandersetzung zwischen Israel und den Palästinensern auswirken – doch die bisherige Erfahrung zeigt, dass sie von der einen oder der andern Seite nur versuchsweise und nur vorübergehend eingesetzt werden. Der Palästinakonflikt ist nach wie vor ein Versuchslabor für die verschiedensten Machtgruppen, ein Vorwand manchmal auch für die Verfolgung bestimmter innenpolitischer Ziele und ein Ideenproduzent beim Versuch, weltanschauliche Vorstellungen beispielhaft darzustellen. Dies soll keineswegs besagen, dass dem Konflikt eine wirkliche Grundlage fehlte, sondern die Frage aufwerfen, wie weit die Zielvorstellungen der direkt von der israelischen Herrschaft betroffenen Palästinenser mit jenen der Exilpalästinenser und der übrigen Araber übereinstimmen. Unterschiedliche gesellschaftliche Strukturen führen zu verschiedenartigen Interpretationen und Methoden des Kampfes; abrupte Entwicklungen wie jene im Iran lösen Emotionen aus, von denen die Auseinandersetzung um den imaginären Palästinenserstaat beeinflusst wird; die Annäherung zwischen Irak und Syrien weckt in Nablus oder anderen Städten der besetzten Gebiete Erwartungen oder Befürchtungen, die aller Wahrscheinlichkeit nach nicht das Reich der Phantasie sprengen werden.

### *Das iranische Missverständnis*

Zu den kurzlebigen Illusions-Erweckern für die Sache der Palästinenser gehörte die iranische Revolution. Nachdem Ayatollah Khomeini die von den randalierenden Massen gestürmte Botschaft Israels in Teheran der PLO übergeben hatte, erklärte Arafats Vertreter Hani al-Hassan den westlichen Besuchern, die «Befreiung Jerusalems von der israelischen Okkupation» sei «eines der vordringlichen religiösen und moralischen Ziele» der neuen iranischen Regierung. Hossein Bani-Assadi, Mitarbeiter des iranischen Regierungschefs, äusserte sich in ähnlichem Sinne: «Wir haben sehr bedeutende Summen an die Palästinenser überwiesen. Das Geld wurde in Moscheen gesammelt und nach dem Libanon geschmuggelt.» Yassir Arafat

weigerte sich bei seinem Besuch in Teheran im Februar, den Umfang dieser Transfers zu nennen, enthüllte aber, dass die palästinensischen Kampfverbände im Vorfeld der iranischen Revolution in ihren Lagern im Libanon eine Anzahl persischer Fedayins ausgebildet haben. Über die künftige Zusammenarbeit erklärte er dem Ayatollah allerdings: «Deine Verantwortung für die Befreiung von Jerusalem ist grösser als meine. Ich kann das Blut und den Opferwillen meines Volkes beisteuern, aber in deine Hände sind die grossen Möglichkeiten gefallen.»

Worin diese grossen Möglichkeiten bestehen, blieb im dunkeln. Khomeini und sein Premierminister werden die meisten noch einsatzfähigen Truppen im eigenen Lande brauchen, um die rebellierenden Minderheiten in Schach zu halten. Die palästinensischen Verbände im Süden des Libanon kämpfen seit dem Monat März zwar auch mit Waffen aus iranischen Beständen gegen die christlichen Milizen des Majors Haddad, aber in den meisten Fällen handelt es sich um Handfeuerwaffen, nicht um schwere Geschütze. Auch finanziell ist der neue Iran vorläufig nicht in der Lage, der PLO unter die Arme zu greifen. So bleiben Arafat und dessen inner-palästinensische Konkurrenten nach wie vor von jenen 250 Millionen Dollars abhängig, die jährlich durch die Arabische Liga an die PLO verteilt werden sowie von den Direktzuwendungen der Ölstaaten. Auch an ihren beiden Bagdader Konferenzen haben die arabischen Regimes sich nicht auf eine substantielle Steigerung der materiellen Unterstützung für die palästinensischen Kampfverbände geeinigt.

Die Verbindung der PLO zu Teheran hat somit im wesentlichen moralischen Wert. Irans Funktion ist jene eines Mahners, der daran erinnert, dass Jerusalem, El Kuds («Die Heilige») die dritt wichtigste religiöse Stätte der Mohammedaner und dass der Anspruch auf diese Stadt daher unverzichtbar ist. Yassir Arafat aber will diesen Anspruch offensichtlich nicht stärker in den Vordergrund stellen als zu früheren Zeiten, will sich nicht enger mit der Religion identifizieren als bisher.

### *Auf der Suche nach einer Ideologie*

Der Nahe Osten ist seit dem Ende des Osmanischen Reiches und verstärkt seit der Staatsgründung Israels auf der Suche nach einer grenzüberschreitenden Ideologie. Pan-Arabismus Nasserscher Prägung war zwar ein Programm, aber diesem Programm fehlte der innere Gehalt. So blieb und bleibt das Gedankengut Michel Aflaq's, des Baath-Begründers, die einzige echt politische Ideologie der Region. Sie konnte sich in Syrien und im Irak zwar durchsetzen, aber selbst in diesen beiden Staaten erhielten die Gedan-

ken Aflaqs verschiedenartige Ausformungen, entsprechend den traditionellen sozialen und wirtschaftlichen Strukturen.

Von der Zielsetzung aus betrachtet wäre es nur logisch, wenn die PLO sich eng an die Baath-Parteien anschliessen würde. Niemand fordert lautstarker die Eliminierung Israels als die Baath-Politiker in Syrien und im Irak, niemand sonst legt so viel Wert auf «die palästinensische Frage». In Bagdad messen Politiker auf den verschiedensten Ebenen geradezu den patriotischen Geist an der Intensität des Engagements für die Palästinenser. Doch das hindert sie nicht daran, bei der materiellen Hilfe für die PLO eher mit Geiz als mit Grosszügigkeit vorzugehen. Und entsprechend fristen die Baathisten unter den Palästinensern ein Schattendasein – obgleich Aflaq selbst Ende der vierziger Jahre einen palästinensischen Baath-Flügel gegründet hat.

Das Misstrauen zwischen den beiden Kräften gründet auf der Kluft zwischen Regional-Nationalismus und Panarabismus, auf rein persönlichen Machtkämpfen und -ansprüchen und auf dem tiefverwurzelten Konflikt um das soziale Gefüge. In ihrer engeren Heimat, im israelisch besetzten Westjordanien, ist die palästinensische Gesellschaft nach wie vor vom Feudalismus und von den «grandes familles» geprägt. Die Djabarais und die Kawasmes in Hebron, die Nusseibehs in Ost-Jerusalem, die Familie Tukan und in etwas geringerem Masse die Shakkas in Nablus, sie beherrschen durch Familienpolitik und entsprechenden Reichtum ganze Städte und Landstriche. Sogar in der durch die grosse Zahl von Flüchtlingen (230 000 gegenüber einer eingesessenen Bevölkerung von 200 000) veränderten Struktur Gazas ist Familienmacht ein ausschlaggebendes Element geblieben, mit führenden Clans wie derjenigen der Shawas (gegenwärtig Bürgermeister) oder der Khusandars. Die alten Strukturen der palästinensischen Gesellschaft verflachten erst im Exil, in Beirut, Amman, Damaskus oder am Golf. Aber sie verschwanden bisher nicht so weitgehend, dass die mit dem Lokalen verbundenen Eigenheiten der Ideologie der Panarabisten hätten geopfert werden können. Etwas vereinfacht ausgedrückt, befindet sich die Mehrheit der palästinensischen Gesellschaft in der Mitte zwischen Feudalismus und Egalitarismus, unfähig zu einer Entscheidung für das eine oder das andere Ziel.

### *Das jordanische Erbe*

Eine weitere Spannungsebene innerhalb dieser Gesellschaft entstand durch das zwiespältige Verhältnis zu Jordanien und zu König Hussein. Die meisten «grandes familles» in Westjordanien haben, ungeachtet der 12 Jahre

israelischer Besatzung, intensive Kontakte mit Amman aufrechterhalten. Und nicht nur sie: selbst unter der mit der PLO sympathisierenden Intelligentsia sind viele Persönlichkeiten, die noch immer mit einem Hauch von Nostalgie von den Zeiten sprechen, da sie als Parlamentsabgeordnete für das Regime König Husseins tätig waren. Kaum einer von ihnen wünschte sich zwar die vollständige Wiederherstellung der Zustände vor 1967, denn unter der Herrschaft des haschemitischen Monarchen verunmöglichte Amman durch eine gezielte Regionalpolitik die wirtschaftliche Entwicklung dieser Region, behinderte die politische Willensbildung und gab ihren Einwohnern Identitätskarten, die sie als Bürger dritter Klasse auswiesen: selbst in ihrer Bewegungsfreiheit im eigenen Staat waren sie eingeschränkt.

Die Israeli haben gar nicht so unrecht, wenn sie behaupten, die Bewohner der ehemals jordanischen Regionen hätten nie so viel Demokratie genossen wie seit dem Beginn der Besetzung. Nach 1967 gab es wenigstens die Möglichkeit zur politischen Willensbildung auf Gemeinde-Ebene, auch wenn politische Parteien verboten blieben. Es gab bessere Sozialleistungen und einen modernen Gesundheitsdienst – aber es gab auch die Unberechenbarkeit des Zugriffs der Organe des israelischen Militärgouverneurs. In kleinen Dörfern behaupten manchmal bis zu zwei Dritteln der Einwohner, sie seien irgendeinmal zwischen 1967 und 1979 zu nächtlicher Stunde aus dem Bett heraus in Polizeigewahrsam genommen und wegen angeblich geplanter Terrorakte verhört worden. Die Zahl solcher Verhaftungen ist nicht nachprüfbar, aber sie ist, auch wenn sich in die Schilderungen der Palästinenser ein Hang zur Übertreibung mischen mag, auf jeden Fall hoch. Es ist zu einem beträchtlichen Teil auch dieser Taktik der israelischen Besatzungsbehörde zuzuschreiben, dass die Anzahl der von Westjordanien aus durchgeführten Terrorakte in Israel gering geblieben ist.

Für die Bewohner der besetzten Gebiete ist aber nicht nur das Spannungsverhältnis mit den israelischen Soldaten (die tagsüber diskreter auftreten als vor 1967 die jordanischen Einheiten) belastend, sondern auch der Zwang zum Umgang mit einer Bürokratie, deren Vertreter von einer anderen als der arabischen Mentalität geprägt sind. Wer sich als Palästinenser unter israelischer Administration wirtschaftlich betätigt, als Handelsmann oder als Kleinunternehmer (grosse Unternehmen gab es hier nie), der weiss von den vielen bürokratischen Hindernissen zu berichten, die er bei der Realisierung irgendwelcher Projekte bewältigen muss. Investitionsvorhaben müssen sowohl von den Israeli als auch von den Jordanern bewilligt werden, weil hier die Rechtssysteme beider Staaten beachtet werden wollen und weil praktisch eine Freihandelszone zwischen der besetzten Westbank und Jordanien besteht.

Zu solchen Äusserlichkeiten kommen verstecktere Konfliktgründe.

Rund 30 000 Palästinenser pendeln täglich per Bus in die israelischen Städte, verdienen als Arbeiter israelisches Geld und geraten in alltäglichen Kontakt mit der Mentalität eines im wesentlichen westlich geprägten Staates, in dem nur wenig mit den eigenen überkommenen Werten übereinstimmt. Zuhause, in den Dörfern und Städtchen Westjordaniens, ist dann von Sittenzerfall die Rede, von der Zerstörung der Tradition. So geringfügig die Abweichungen von der üblichen Verhaltensnorm bei den Israel-Pendlern auch sein mag, für die festgefügten Formen des Zusammenlebens innerhalb der palästinensischen Familie sind sie dennoch gravierend. Denn hier herrscht ein patriarchalisches System, das die Söhne zum Dienen zugunsten des Vaters verurteilt, das die Beziehungen zwischen den Geschlechtern regelt und in dem die Grossfamilie jene Einheit bildet, der jedes Mitglied Loyalität und Bereitschaft zur Unterwerfung schuldet. Noch immer werden hier Konflikte aufgrund von drei Rechtssystemen behandelt: das jordanische Zivilrecht hat den Charakter des Offiziellen, aber viele Vergehen werden dennoch eher aufgrund der Scharia (vgl. den Beitrag von Nedim P. Vogt in diesem Heft) oder des von Ort zu Ort unterschiedlichen Familienrechts geahndet. Als beispielsweise im Februar dieses Jahres im Dorf Lubban (zwischen Ramallah und Nablus gelegen) eine Frau von ihrem eifersüchtigen Gemahl wegen eines angeblich begangenen Ehebruchs getötet wurde, leiteten die örtlichen palästinensischen Behörden zwar ein Verfahren ein, aber sie zogen sich inzwischen wieder aus der Untersuchung zurück. Jetzt ist es den betroffenen Familien überlassen, eine Lösung für die komplizierte Situation zu finden. Kompliziert ist sie deshalb, weil nach allgemeiner Auffassung in dieser Region die Tötung der Frau nicht nur dem Recht, sondern sogar der Pflicht des Ehemannes entsprochen hat, und weil zwischen den beiden betroffenen Grossfamilien in Lubban in einem Zeitraum von 30 Jahren bisher schon 14 Konflikte mit tödlichem Ausgang stattgefunden haben. Der alte Zwist soll jetzt durch Beteiligung einer vermittelnden dritten Familie beigelegt werden.

Von der inneren Zerissenheit zwischen Tradition und Moderne, zwischen Palästina und Israel, zwischen Egalitarismus und Feudalismus und zwischen PLO und Hussein sprechen zahllose Alltagsdetails. Zwölf Jahre nach dem Einmarsch der israelischen Truppen besitzen die meisten Palästinenser der besetzten Gebiete noch jordanische Reisepässe. Rund 15 000 Beamte und Lehrer beziehen neben dem israelischen auch noch ein jordanisches Gehalt, und die Mehrzahl der Familien hat Angehörige diesseits und jenseits des Jordans. Beziehungen zu Amman schaffen ein vielfältiges Netzwerk von Verbindungen und damit eine Realität, die auch durch die PLO nicht aus der Welt geschafft wird. Aus der Sicht der Bürger von Nablus, Ramallah, Ost-Jerusalem oder Hebron schliesst Begeisterung für die PLO

oder für einen der Führer eines palästinensischen Kampfverbandes eine nur leicht eingeschränkte Loyalität zugunsten von König Hussein durchaus nicht aus. Für manche Palästinenser Westjordaniens ist die PLO so etwas wie ein Instrument, mit dessen Hilfe man Veränderungen erreichen kann, ein Pannenhelfer, der das beschädigte Fahrzeug wieder in Gang bringen soll, egal, welche Fahrtrichtung man dann einschlagen will.

Dieses Freihalten der Optionen ist eng mit dem Wunsch nach Unabhängigkeit von Ideologien irgendwelcher Couleur verbunden. Die PLO als Dachorganisation von miteinander rivalisierenden Untergruppen hat diesem Wunsch nach Vagheit bisher im allgemeinen Rechnung getragen. Arafats Fatah bekennt sich zwar zu einem Sozialismus, lässt aber offen, was dieser Begriff beinhalten soll. George Habbash, Führer der «Volksfront für die Befreiung Palästinas», wanderte ohne Mühe von einer Position der extremen arabischen Rechten (als Angehöriger der «Arabischen Nationalistischen Bewegung») zum sogenannten Neomarxismus hinüber. Damit gelangte er zu einer Position, die derjenigen von Nayef Hawatmeh ähnelt. Dem Gedankengut der Baath-Parteien nahestehend ist einzig die von Syrien abhängige Saika.

Für die Palästinenser unter israelischer Herrschaft zählen die ideologischen Differenzen zwischen den Organisationen unter dem Schutzhelm der PLO praktisch nicht. Jüngere Leute bekennen sich gesprächsweise in wachsender Zahl zwar zu George Habbash – aber nicht wegen dessen marxistischer Orientierung, sondern einzig wegen der demonstrativ zur Schau getragenen Kompromisslosigkeit und Härte. Da die Befreiung von israelischer Herrschaft nur mit Gewalt möglich erscheint, so schlägt man sich am besten gleich zum gewaltfreudigsten Führer unter den Exilpalästinensern. Je extremer die im Ausland eingenommene Position, desto grösser das Echo im Kerngebiet der Palästinenser ...

In diesem überall fühlbaren Vakuum an politischen Überzeugungen, in diesem ideologischen Freiraum könnte der Rückgriff auf den Islam eine Rolle spielen, wenn die palästinensische Gesellschaft nicht noch durch eine weitere Spaltung kompliziert wäre: die Aufteilung in eine mohammedanische Mehrheit und eine christliche Minderheit. Arafats merkwürdige Aussage gegenüber Khomeini über die Verantwortung für die Befreiung Jerusalems beruht auf dem Wissen, dass die palästinensischen Christen ohnehin eifersüchtig darauf bedacht sind, ihre Rechte gegenüber den Mohammedanern zu wahren – und dass ein Gefühl innerer Überlegenheit der Christen gegenüber der Mehrheit, ein elitäres Bewusstsein, bei einer gesamtpalästinensischen Strategie berücksichtigt werden muss. Nichts wäre gefährlicher für die PLO als eine Betonung der religiösen Unterschiede. Sie müssten jene Meinungsdifferenzen noch schärfner hervortreten lassen,

die anlässlich der Konferenz des palästinensischen Nationalkongresses im Januar in Damaskus ohnehin deutlich geworden sind und die, wegen eines Konfliktes um die Sitzverteilung, sogar die Bestellung eines neuen Exekutivkomitees verhinderten.

### *Die Verschwörungstheorie*

Die Palästinenser in den von Israel besetzten Gebieten sind sich dieser inneren Spannungssituation durchaus bewusst. Sie ist in Westjordanien stärker ausgeprägt als in Gaza, lähmend auf Entscheidungen wirkt sie sich aber in beiden Gebieten aus. Die Unterzeichnung des israelisch-ägyptischen Friedensvertrags hat zu einer Resignation geführt, der sich die politisch bewusste Elite durch die Flucht in die Illusion zu entziehen sucht. Man spricht von einer «Klärung der Situation», von Hoffnungen auf ein aktiveres Engagement der irakisch-syrischen «Ostfront» zugunsten der Palästinenser, von der angeblichen Gewissheit eines Zusammenbruchs des ägyptischen Regimes. Solchen Worten fehlt die innere Überzeugung. Jeder Mann sieht ja, dass die arabischen Regierungen sich an den beiden Gipfelkonferenzen in Bagdad im wesentlichen nur auf eine anti-ägyptische, nicht aber auf eine entschlossene pro-palästinensische Politik geeinigt haben. Mit der geplanten Föderation zwischen Irak und Syrien hapert es bedenklich: von einer gemeinsamen Exekutive ist nicht mehr die Rede; selbst die Formulierung der gemeinsamen Aussenpolitik stösst auf grössere Schwierigkeiten als ursprünglich erwartet. Irak hat zwar gute Aussichten, zur führenden Ordnungsmacht in der Region zu werden, aber die Bagdader Führung wandelt sich allmählich und legt mehr Wert auf innere Konsolidierung als auf aussenpolitische Abenteuer. Der 12-Millionen-Staat befindet sich in einer Aufbauphase, die riskante Unternehmungen nicht ohne weiteres zulässt – und die Unterschiede zwischen der Baath-Ideologie und dem nach allen Seiten offenen Gedankengut der PLO wirken sich, ungetacht eines gewissen Abbaus von Spannungen zwischen Bagdad und Yassir Arafat, hindernd auf die Solidarisierung mit der Sache der Palästinenser aus. Irak hatte schon immer eine Tendenz, der verbalen Anstachelung des Kampfwillens nur spärliche materielle Unterstützung folgen zu lassen. Und Syrien zeigt sich im südlichen Libanon sorgsam darauf bedacht, eine Schwelle des stillschweigenden Einverständnisses mit dem israelischen Gegner nicht zu überschreiten: bewaffnete Aktionen zugunsten der Palästinenser und gegen die christlichen Milizen des Majors Haddad werden so abgezirkelt durchgeführt, dass Israel nicht zu einer massiven Reaktion genötigt und ein direkter Zusammenprall zwischen syrischen und israelischen

Soldaten vermieden wird. Die «Lust am Untergang», der Wille zum Krieg ist bei der Damaszener Führung zur Zeit jedenfalls nicht vorhanden. So bleiben die Hoffnungen der Palästinenser unter israelischer Herrschaft auf tatkräftige Unterstützung durch die «Ostfront» Worte, denen man selbst keinen Glauben schenkt. Man muss sich wohl oder übel darauf einrichten, mit den neuen Gegebenheiten zu leben. Sie lassen für die nächste Zeit zwei Verhaltensweisen offen: Teilnahme oder Abseitsstehen bei der in einem Jahr zu erwartenden Abstimmung über die beschränkte Autonomie.

### *Entscheidung für die Passivität*

Die Meinungsbildung zu dieser Frage stösst auf Schwierigkeiten, die auf dem zuvor geschilderten Vakuum an Ideologie und politischen Überzeugungen wie auch auf einer vielschichtigen Einschüchterungskampagne durch die exilpalästinensische Propaganda beruhen. Die israelische Besatzungstaktik erschwert die Zusammenkünfte mit politischer Zielsetzung. Zwar treffen sich gewisse Bürgermeister, Notabeln, Repräsentanten der Intelligentsia ungeachtet der wachsamen Blicke der israelischen Behörden. Die dabei gefundene Einigkeit besteht vorläufig im Nein zur Teilnahme an einem politischen Prozess, den man als Produkt einer israelisch-ägyptisch-amerikanischen Verschwörung bezeichnet. Hinter dieser Theorie steht das komplexe Flechtwerk von gegenseitigem Misstrauen, persönlicher Machtanspruch, Furcht vor Repressalien. Mässigung in den Forderungen gilt hier gleichviel wie Verrat an der patriotischen Sache. Wer sich heute offen zugunsten der Teilnahme an der Abstimmung, ob als Kandidat oder als potentieller Wähler, ausspräche, der würde sich in Lebensgefahr begeben. Selbst wer zu sondierenden Missionen nach Kairo reist (und das tun nicht wenige unter den einflussreichen Persönlichkeiten, besonders Gazas!), hüllt sich nach der Rückkehr in Schweigen oder gibt seiner Skepsis Ausdruck. Fragt ein ausländischer Besucher nach den Nachteilen, die der Bevölkerung aus dem Mitspielen am Autonomieprozess erwachsen könnten, erhält er im allgemeinen nur vage Antworten, mit denen «Begins Betrug», «Sadats Leichtgläubigkeit», «Carters Unkenntnis» umschrieben werden. Die palästinensische Bevölkerung (jene Westjordanis noch stärker als die von Gaza) macht es sich aufgrund der traditionellen Formen des kommunalen Zusammenlebens in allen Belangen schwer, Entscheidungen zu treffen: Willensbildung ist hier ein viel langwierigerer Prozess als bei westlichen Gesellschaften oder bei den Israeli. In diese kulturgeschichtlich begründbare Schwerfälligkeit mischt sich in bezug auf die Autonomiefrage die Propaganda der PLO, der arabischen Regimes, die Drohung mit Ge-

walt, das Ressentiment gegen das fremdartige Element der Israeli, gegen die jüdische Siedlungspolitik. Unter diesen Voraussetzungen ist es unwahrscheinlich, dass ein Ja zum Autonomieprozess rechtzeitig zustande kommen kann – selbst wenn das Ja und die daraus resultierende Teilnahme an der Abstimmung nichts von jenen weitreichenden Forderungen vorwegnehmen würden, die die staatliche Eigenständigkeit als Endziel bewahren.

In einer Zeit, da die Palästinenser vor der Entscheidung stehen, ob sie sich weiterhin passiv von der Geschichte und den miteinander rivalisierenden Kräften im Nahen Osten treiben lassen oder ob sie, mit zwar begrenzten Möglichkeiten und Erfolgsaussichten, aber dennoch aktiv an der Gestaltung ihrer Zukunft arbeiten sollen, vermischt sich die Realität des inneren Zustandes mit dem Zerrbild, das von aussen auf dieses Volk und diese Region projiziert wird. Das Dilemma schafft Resignation, verstärkt die Tendenz zum Rückzug ins Private – und überlässt wieder einmal den in einer anderen geistigen Welt lebenden Gruppen des Exils das Feld der Auseinandersetzung.

FERDINAND HURNI

## Die Region und die Weltmächte

Am Ende des Zweiten Weltkrieges war der Mittlere Osten, abgesehen von sowjetischen Einsprengseln in Nordpersien (bis 1946), ziemlich durchgehend westliches Einflussgebiet, wurde dann aber weltpolitisch zu einem offenen Raum, da England und Frankreich – sei es freiwillig oder weil nach den europäischen Kriegsgemetzen die Kraft oder der Wille, «koloniale» Positionen zu halten, nicht mehr in ausreichendem Mass vorhanden war – ihre mehr oder weniger direkte Kontrolle in den ehemaligen Völkerbund-Mandatsgebieten, in Ägypten und anderswo allmählich aufgaben. Dieses Machtvakuum übt wegen der grossen strategischen, wirtschaftlichen und verkehrspolitischen Bedeutung der Region einen besonders starken Sog aus, hat sich aber bis heute nie richtig aufgefüllt.